



DAS GEHT BESSER!

Erklärung der KAB zum WELTSPARTAG 2010

Im Bundeskanzleramt haben bundesdeutsche Lobbyisten eine neue Heimstätte gefunden und geben sich gegenseitig die Klinke in die Hand: Pharmakonzerne, Hotelbesitzer, Vertreter der Atom- und Autoindustrie. Und alle können sich der Unterstützung unserer Bundesregierung sicher sein. Keine Unterstützung erfahren Arbeitslose, Geringverdiener, Alleinerziehende, Rentner – im Gegenteil: während für Banken, Spekulanten und Konzerne Hilfspakete geschnürt wurden, werden nun für Bedürftige Sparpakete verabschiedet.

Dabei verschärft sich die herrschende Umverteilung: die Reichen werden reicher, die Armen immer ärmer. Es ist ein Skandal, dass in Deutschland seit Jahren die Reallöhne sinken, weil die neoliberalen Meinungsmacher Bescheidenheit predigen. Und die Debatte um Hartz IV hat deutlich gemacht, Bedürftige wollen wir uns nicht mehr leisten. Sozialstaat – das Wort allein treibt den Neoliberalen schon die Zornesröte ins Gesicht.

Die Katholische Arbeitnehmer Bewegung, Bezirk Aachen-Stadt/Eifel klagt an:

- Während das obere Zehntel unserer Gesellschaft enorme Einkommens- und Gewinnzuwächse verzeichnet, nimmt die Anzahl an Geringverdienern, Leiharbeitern, Mini-Jobbern etc. dramatisch zu.
- Nicht einmal die Hälfte aller ArbeitnehmerInnen hat heute einen gesicherten, tariflich geregelten Arbeitsplatz mit guten Arbeitsbedingungen. Die andere Hälfte arbeitet unter unwürdigen und ungesicherten Bedingungen, erhält Niedriglöhne, hat befristete Verträge, muss bei den ARGEn aufstocken und erlebt den sozialen Abstieg durch Leiharbeit.
- Als wäre nichts geschehen: Zocker-Manager, die die Wirtschaftskrise eigentlich verschuldet haben, erhalten nach wie vor Boni-Zahlung, die 100fach höher sind als die SGBII-Bezüge.

Am heutigen Weltspartag fordern wir:

- Die Armen und Menschen, die ohne Schuld arbeitslos geworden sind, müssen Maßstab allen gesellschaftlichen Handelns sein; zu fordern ist die Verantwortung der Vermögenden und der Gewinner dieser ungerechten Umverteilung.
- Wir fordern eine gerechte Steuerpolitik – statt Hotelbesitzer mit Steuergeldern zu subventionieren. Es bedarf einer Vermögenssteuer und eines drastischen Eingriffs in die Erbschaftssteuer.
- Wir verstehen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und die Erhöhung des Sozialgeldes für SGBII-Bezieher bzw. der Bezüge in der Grundsicherung im Alter als deutlichen Impuls für eine Erhöhung der Nachfrage und der damit verbundenen Schaffung neuer Arbeitsplätze.
- Es bedarf einer drastischen steuerlichen und gesetzlichen Einflussnahme auf die unkontrollierten Kapitalmärkte (Verbot Derivate / Schließung Steueroasen / Einführung Finanztransaktionssteuer).